

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Mach mit!
Unterstützungsabschnitt '86
auf der letzten Seite

RUND BRIEF 6

Dorotheenstr.20 · 5300 Bonn 1 · Tel. 0228-69 29 04



Neuer Termin der Aktionskonferenz '86:



Liebe Freundinnen und Freunde,
einstimmig hat der Koordinierungsausschuß auf seiner letzten Sitzung am 21.11.85 beschlossen, die ursprünglich für den 14./15. Dezember geplante Aktionskonferenz auf den 1./2. Februar 86 zu verschieben.

Dafür sprachen unseres Erachtens gewichtige Gründe: Der Koordinierungsausschuß ist sich darin einig, für das UNO - Friedensjahr 1986 eine gemeinsame Großaktion vorzuschlagen, die auf der Grundlage der fünf in Köln beschlossenen Forderungen stattfinden soll. Allerdings bestehen in einer Reihe wichtiger Fragen unterschiedliche Auffassungen. Die Zeit zwischen der "Informationswoche" und dem ursprünglichen Termin der Aktionskonferenz hat nicht ausgereicht, zu einer Annäherung der verschiedenen Standpunkte zu kommen.

Mit der Terminverschiebung wollen wir Zeit dafür gewinnen, zu einem Konsens im Koordinierungsausschuß zu kommen. Für das Gelingen der Aktionen im nächsten Jahr ist dies unserer Meinung nach unerlässlich.

Bitte teilt den neuen Termin schnellstmöglich allen Interessierten mit. Mit diesem Rundbrief wollen wir Euch über den gegenwärtigen Diskussionsstand informieren und Euch zugleich zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auffordern.

Friedliche Grüße und einen guten Rutsch ins UNO Friedensjahr

Euer Koordinierungsausschuß

1./2. Februar 1986, Beginn 14 Uhr

in der Integrierten Gesamtschule (IGS) Bonn-Beuel, Siegburger Str.321

Anfahrtsbeschreibung

Mit der Bahn:

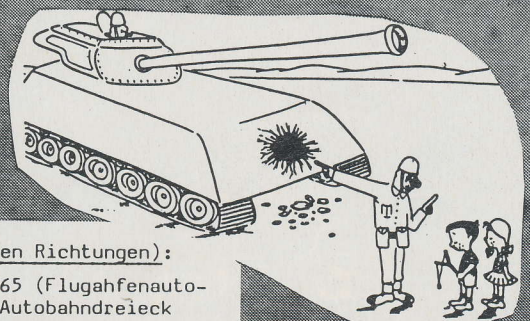
Mit der S-Bahnlinie ab U-Bahnhof im Hauptbahnhof Richtung Siegburg bis Haltestelle Villich-Müldorf, rechts in "Am Herrengarten" bis Siegburgerstrasse gehen, Schule liegt dann auf der linken Seite.

Mit den Buslinien 25 o. 35 ab Busbahnhof (direkt vor Hbf) bis zur Haltestelle "Pützchen Kloster"; in Fahrtrichtung links in Friedensstr. bis Siegburgerstr.; Schule liegt gegenüber.



Mit dem PKW (aus allen Richtungen):

Auf die Autobahn A 565 (Flughafenautobahn Köln-Bonn); ab Autobahndreieck "Bonn-Beuel" auf der A 59 in Richtung Königswinter; Abfahrt "Bonn-Beuel Siegburgerstr."; dann links bis Siegburgerstrasse 321



Beschuß des

21. 11. 1985

Koordinierungsausschusses

In der Vorbereitung der Aktionskonferenz haben wir festgestellt,
daß wir derzeit darin übereinstimmen
- auf der Grundlage der "Kölner 5 Punkte" (siehe Kasten) unsere Arbeit zu gestalten
- eine gemeinsame große Aktion der Friedensbewegung im Herbst 1986 anzustreben
- eine darauf hinführende Kampagne, im Frühjahr 1986 begonnen, zu entwickeln.

Im Bemühen - trotz offener Fragen - den für uns unerläßlichen Konsens des Koordinierungsausschusses zu erreichen und hierfür Zeit zu gewinnen, beschliessen wir:

- die Aktionskonferenz auf den 1./2. Februar 1986 zu verschieben
- in einem Rundbrief des Koordinierungsausschusses in der nächsten Woche die beiden gegensätzlichen Positionen darzulegen,
- am 14./15. 12. 1985 eine KA - Sitzung abzuhalten, auf der wir ein konkretes Konzept, einen Aufruf und Aktionsvorschläge entwickeln wollen.

Hrsg. vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung unter Mitarbeit von
Renate Bonow, Andreas Buro, Achim Maske,
Klaus Scherenberg (v.i.S.d.P.), Dieter
Schöffmann, Mani Stenner, Manfred Ossen-
beck, Gregor Witt
alle Dorotheenstr.20, 5300 Bonn 1.

Aus dem Beschluß der Kölner Strategiekonferenz vom 16./17. 6. 85

" Wir fordern von der Bundesregierung,
* allen Plänen der US - Weltraummilitarisierung eine klare Absage zu erteilen und keinerlei Mittel für militärische Weltraumforschung - auch nicht im Rahmen eines westeuropäischen Eureka - Programms zur Verfügung zu stellen

* Stopp der Stationierung und Abbau der Pershing II-Raketen, Verzicht auf die 1986 geplante Aufstellung der Cruise Missiles, Beseitigung aller in der BRD gelagerten Massenvernichtungswaffen

* keine Erhöhung, sondern sofortige Senkung des Rüstungshaushaltes, Verzicht auf die Einführung von neuen Waffensystemen, die der Verwirklichung offensiver Kriegsführungspläne (wie FOFA und die AirLand-Battle-Doktrin) dienen können, Absage an jegliche Militarisierung Westeuropas (z.B. Ausbau der WEU), Ablehnung jeglicher Interventionspolitik

* Beendigung der inneren Militarisierung der Bundesrepublik (Ausbau der militärischen Infrastruktur, Verlängerung des Wehrdienstes und die darüber hinausgehende Verlängerung des Zivildienstes und dessen militärische Einplanung, Kriminalisierung und Mehrfachbestrafung von Totalverweigerern, Militärdienst für Frauen). Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit (Gesundheits- und Arbeitskräftesicherungsgesetz, Zivilschutz und Notstandsplanung) als Teil der Kriegsvorbereitung.

* Einsatz der für Rüstung vorgesehen Mittel zur Überwindung von Hunger und Elend in der "Dritten Welt", von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit. "

Statt Krieg der Sterne

Abrüstung auf der Erde!

Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen



Zur Diskussion der politischen und Handlungsperspektiven der Friedensbewegung 1986/87

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung hat am 21.11.85 einstimmig beschlossen, die für den 14./15.12.85 vorgesehene Aktionskonferenz auf den 1./2. Februar 1986 zu verschieben. Wir haben dem Antrag zugestimmt, um für den Prozeß der weiteren Konsensbildung im Koordinierungsausschuß Zeit zu schaffen. Uns ist die Zustimmung nicht leichtgefallen, weil damit ein Beschluß des "Großen Ratschlags" vom 16./17. Juni verändert wurde.

Gerade heute, in einer nicht unkomplizierten Lage, muß der Versuch unternommen werden, einen gemeinsamen politischen und Handlungsvorschlag zu erarbeiten, der den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im Jahr 1986/87 angemessen ist. Nur mit einem solchen gemeinsamen Vorschlag kann die Friedensbewegung die notwendige Kraft und Ausstrahlung gewinnen.

Wir wollen im folgenden den Versuch unternehmen, aus unserer Sicht darzustellen, wo in den Diskussionen der letzten Monate Übereinstimmungen im KA erreicht wurden und wo wir noch weitere Klärungen brauchen.

Konsens: Ablehnung der Strategie der Überlegenheit - Abrüstung

Die Friedensbewegung hat in den letzten Jahren ein bedeutendes Maß an Übereinstimmung erarbeitet. Dies ist bundesweit auf dem "Großen Ratschlag" noch einmal deutlich geworden. Sie sieht in der Strategie der militärischen Überlegenheit, wie sie von den USA, der Bundesregierung und der NATO betrieben wird, eine Quelle wachsender Instabilität und Kriegsgefahr. Das Streben nach Erstschlagsfähigkeit und nach "Eskalationsdominanz" im Rahmen von Konzeptionen eines "führbaren, begrenzbaren und gewinnbaren" Atomkrieges schafft eine wachsende Bedrohung des Friedens. Dies umso mehr, weil sie gekoppelt sind mit dem Versuch, durch moderne, elektronisch gelenkte Waffen für den "Schlag in die Tiefe" auch auf diesem Gebiet Überlegenheit zu erreichen - sowohl unterhalb der Schwelle atomarer Erpressung oder Kriegsführung als auch in Kombination damit. Diese Anstrengungen sind verbunden mit Konzepten, den aus dem System ungleicher, von Ausbeutung und Unterdrückung geprägter Beziehungen zwischen "erster" und "dritter" Welt verstärkt erwachsenden Befreiungsversuchen mit militärischen Mitteln zu begegnen. Die angestrebte strategische Überlegenheit soll dabei die militärische Handlungsfreiheit gegen "unbotmäßige" Staaten absichern. Diese von Gewalt geprägte Politik ist nicht nur eine schreiende Verletzung der Rechte aller Völker und Menschen, sie erhöht auch die Gefahr der Eskalation regionaler Krisen oder Kriege zu einer globalen atomaren Katastrophe.

In den letzten Jahren hat sich die Friedensbewegung in Auseinandersetzung mit der konkreten Aufrüstungspolitik eine umfassende Analyse der Strategie der Überlegenheit erarbeitet. Die Entwicklung der Neutronenbombe zeigte: Militärstrategen streben danach, die "Selbstabschreckung" durch Atomwaffen zu überwinden. Im Widerstand gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles wurde deutlich: Die Verkürzung der Vorwarnzeiten und die Erhöhung der Zielgenauigkeit machen den Atomkrieg wahrscheinlicher. In der Kritik der Bundeswehrplanung 1985-97 und der Beschaffung moderner Offensivwaffen für den "Schlag in die Tiefe" wurde sichtbar: Auch auf diesem Gebiet wird unser Land zum Bestandteil eines globalen strategischen Szenarios gemacht. Wir haben erkennen müssen, daß die Bundesrepublik durch das "War Time Host Nation Support-Abkommen" die Interventionsfähigkeit der USA in der "Dritten Welt" absichern hilft. Es wurde unübersehbar, daß die Strategie der Überlegenheit die innere Militarisierung auf vielen Gebieten nach sich zieht und für unser Volk und (noch ungleich stärker) für die Völker der "Dritten Welt" wachsende soziale Belastungen hervorruft. In der Analyse der drohenden Weltraumrüstung wurde erkennbar, daß diese den "Schlußstein" und die makabere "Vollendung" des Strebens nach militärischer Überlegenheit darstellt. Die angestrebte Rüstungseskalation in eine neue Dimension würde alle bisherigen Dämme gegen den Rüstungswettlauf brechen und die Kriegsgefahr (global und durch Eskalation regionaler Krisen) dramatisch wachsen lassen.

Auf der Grundlage des Konsens die politischen Schwerpunkte bestimmen

Der Konsens der Friedensbewegung in diesen Fragen ist von zentraler Bedeutung. Denn um die Aufrüstung und den Rüstungswettlauf zu durchbrechen und zu beenden brauchen wir Klarheit darüber, was wir verändern wollen. Wir wollen eine Welt, in der Völker und Staaten gleichberechtigt, unabhängig und ohne gegenseitige Bedrohung zusammenleben und zusammenarbeiten. Nach unserer Meinung kommt es darauf an, auf der Basis der gemeinsamen Analyse der Bedrohung konkret zu bestimmen, wo die Notwendigkeit und Möglichkeiten am größten sind, den Kurs der Aufrüstung zu durchbrechen und eine Umkehr einzuleiten.

Die positiv zu wertende Aussage in der gemeinsamen Erklärung von Reagan und Gorbatschow über den beiderseitigen Verzicht auf militärische Überlegenheit - ein Ergebnis des weltweiten Erwartungsdrucks - wird sich nicht im Selbstlauf verwirklichen. Dazu bedarf es des konkreten Drucks der Friedensbewegungen. Wenn die US-Regierung nicht gezwungen wird, ihre Pläne zur Weltraumrüstung aufzugeben, wird es keine entscheidenden Fortschritte geben.

Unserer Meinung nach reicht es nicht aus, die fünf Kölner Punkte ungewichtet nebeneinander zu stellen. Die Bedeutung der einzelnen Punkte wird erst deutlich, indem sie in die gesamte Überlegenheitsstrategie eingeordnet bleiben. Gleichzeitig müssen wir versuchen, die Kettenglieder zu fassen, an dem das Gesamtkonzept am deutlichsten wird und damit die Entwicklung von Widerstand am besten möglich ist. In der Vergangenheit haben wir die Stationierungsfrage als Teil eines Gesamtkonzeptes gesehen und indem wir gegen diesen deutlichsten Ausdruck gekämpft haben, sind wir gegen das Gesamtkonzept vorgegangen.



In politische Entscheidungen eingreifen

Unbestritten sind die Pläne zur Weltraummilitarisierung, die äußerste Zuspitzung der Überlegenheitsstrategie. Für viele Menschen wird durch dieses gigantische Rüstungsprojekt die Aberwitzigkeit und Gefährlichkeit dieser Strategie erstmals sichtbar. Wenn über die Hälfte der Bevölkerung die Beteiligung der Bundesrepublik an den "SDI"-Plänen spontan ablehnt, so ist das ein deutlicher Hinweis darauf. Mehr als in anderen Rüstungsfragen gibt es hier Differenzen in der Regierung und innerhalb der NATO, die nicht alle taktisch motiviert sind. Sicher sind noch nicht alle Fragen geklärt, wie die Friedensbewegung in diesen Prozeß eingreifen kann. Es steht aber fest, daß hier ein wichtiger Hebel ist, um dieser Regierungspolitik zunehmend die Massenbasis zu entziehen. Die Auseinandersetzung um die Art und Weise einer Beteiligung an der Weltraumrüstung ("SDI", "Europäische Verteidigungsinitiative", "Eureka", "TDI") zeigen ebenso wie die Verschiebung der Cruise Missiles-Stationierung in das Jahr 1987, daß die Regierung dieses fürchtet. Mit näher rückendem Wahltermin wird die Druckempfindlichkeit zunehmen. Deshalb darf die Friedensbewegung die Vorwahlzeit nicht ungenutzt verstreichen lassen und an die Stelle eigenen Handelns das Hoffen auf bessere Chancen nach dem Wahltag setzen.

Die Aufgabe der Friedensbewegung besteht darin, daß sie in die politische Auseinandersetzung um die Weltraummilitarisierung eingreift, ohne daß der Zusammenhang zu den anderen Teilen des Gesamtkonzeptes verlorengeht. Im Gegenteil: Die besondere Gefahr, die von der Weltraumrüstung ausgeht, wird erst deutlich im Kontext dieser Strategie.

Wir sollten auch in den anderen Bereichen nach Eingriffsmöglichkeiten suchen. In der Raketenstationierung stehen weitere Entscheidungssituationen bevor. Von der Bundesregierung müssen wir deshalb fordern, daß sie den Beginn der Stationierung von Cruise Missiles verhindert und die Pershing II abbauen läßt. Die internationalen Entwicklungen (SU-Moratorium, Genf) liefern dafür zusätzliche Argumente.

Die Entscheidungen in Sachen Weltraummilitarisierung, Raketen Offensivrüstung 85-97 werden zu einer Kostenexplosion bei der Rüstungsausgaben führen. Der Rüstungshaushalt für 1987 wird deshalb ein wichtiger Punkt der Auseinandersetzung mit der Regierung sein, zumal im Zusammenhang mit der Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Fragen bei der Wahlentscheidung.

Jeder muß sich beteiligen können

Wie aber können wir so eingreifen, daß möglichst viel Druck entfaltet wird? Welche Kriterien müssen wir an unsere Aktionen anlegen?

Bei der Bewertung der bisherigen Wirkungen der Friedensbewegung können wir feststellen, daß es uns gelungen ist, in der Raketenfrage die Meinungsmehrheit zu gewinnen und die Position z.B. der SPD zu verändern. Dies hat noch nicht ausgereicht, weil wir die politischen Kräfteverhältnisse bis in konservativ denkende Kreise hinein noch nicht entscheidend zu unseren Gunsten verändern konnten. Wir können nur dann erfolgreich sein, wenn uns das gelingt. An dieser Frage kommen wir bei der Formulierung unserer Aktionsvorschläge nicht vorbei.

Wenn die Isolierung der Regierungspolitik in der Bevölkerung gelingen soll, müßten wir solche Aktionen beschließen, die möglichst viele Menschen einbeziehen und mit denen neue Kreise der Bevölkerung angesprochen werden können. Wir brauchen sowohl Aktionen an Orten, die für militärische Bedrohung stehen, als auch Aktionen in Bevölkerungszentren, die eine breite Beteiligung auch bisher nicht einbezogener Menschen ermöglichen. Beides stellen wir - wie auch in der Vergangenheit - nicht gegeneinander. Jede Friedensinitiative bemüht sich darum, neue Mitstreiter/innen zu gewinnen und die politische Breite zu vergrößern. Dies muß auch für die gesamte Friedensbewegung gelten. Unserer Meinung nach ist dies der Kernpunkt der Diskussion im Koordinierungsausschuß. "Bewegung" bedeutet unserer Meinung nach nicht, daß ein einmal gewonnener Personenkreis sich immer wieder selbst bewegt, sondern daß zusätzlich bisher noch nicht Aktive in "Bewegung" kommen. Das Ziel sollte deswegen eine Kampagne sein, mit der wir Millionen Menschen ansprechen, sie informieren, sie für unsere Forderung

gewinnen und sie zu eigenem Handeln anregen (Hausbesuche, Bürgerbefragungen, Unterschriftensammlungen, Kandidatenbefragungen, Wahlprüfsteine).

Eine Demonstration im Herbst in Bonn wäre die stärkste und direkteste Konfrontation mit der Bundesregierung. Sie könnte in der Hochzeit des Wahlkampfes unsere Forderungen zu Maßstäben für alle Parteien machen. Dazu müßten wir erreichen, daß wir in den nächsten Monaten in unserer gemeinsamen Mobilisierung für das Überleben die Voraussetzungen für eine massenhafte Beteiligung schaffen.

In der Wahlkampfsituation werden wir nur dann überzeugend sein können, wenn wir alle parteipolitischen Einflußnahmen vermeiden und parteiübergreifend alle um den Frieden besorgte Menschen ansprechen. An diesen Aktionen sollten sich auch all jene beteiligen können, die sich dann erstmals friedenspolitisch engagieren. Die Fähigkeit, neu und umfassend zu mobilisieren, hängt wesentlich auch davon ab, wie einheitlich, selbstbewußt und politisch überzeugend die Friedensbewegung sich präsentiert.

Es ist möglich, daß wir ein friedenspolitisches Klima schaffen, das bis in konservativ denkende Kreise hinein ausstrahlt und auch dort Widerstand gegen die Regierungspolitik entfacht. Nur so können wir es schaffen, daß unsere Forderungen im bevorstehenden Wahlkampf Bezugspunkte für die Parteien sind, an denen sie nicht vorbeikommen können.

Hier liegt die Chance und Voraussetzung für eine langfristige Durchsetzung einer wirklichen Friedens- und Abrüstungspolitik für die Bundesrepublik.

Achim Maske

Für eine eigenständige Friedensbewegung

Vorbemerkung:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F), Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Gustav-Heinemann-Initiative (GHI), Initiative Kirche von unten (IKvu), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam (KoZU), PAX Christi

haben auf der letzten Sitzung des Koordinationsausschusses die Verschiebung der Aktionskonferenz beantragt, da in der Diskussion eine ehrliche Einigung über die zentralen Aktivitäten in 1986 bis zum vorgesehenen Konferenztermin nicht abzusehen war. Im Auftrage dieses Kreises stelle ich im folgenden die Grundpositionen, die zu diesem Antrag geführt haben, dar.



Die Friedensbewegung steht in der derzeitigen politischen Situation in der Verantwortung zu beweisen, daß sie tatsächlich eine eigenständige Kraft ist, die trotz erlittener Niederlagen weiterarbeitet und in der Lage ist, in einem Lernprozeß ihre grundlegenden Analysen und entsprechenden Forderungen zu erweitern. Sie darf sich nicht als Wahlkampfstimulanz mißbrauchen lassen. Vielmehr muß sie sich selbstbewußt und für alle Parteien spürbar fordernd einmischen. Nur dann besteht für uns alle die Chance, statt der Aufrüstung für Krieg und Unterdrückung eine Abrüstung für Frieden und Gerechtigkeit zu erreichen.

Die Raketen müssen weg

Die jetzige Friedensbewegung ist gegen die geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles aufgestanden und groß geworden. Sie hat den Stationierungsbeginn im November 1983 nicht verhindern können, aber sie hat einiges in der politischen Landschaft bewegt. Selbst in den Stationierungsparteien änderten sich durch den Druck der Bewegung Meinungen bis hin zur Ablehnung dieses Aufrüstungsbeschlusses. Allerdings werden diese Raketen, gegen die wir uns wegen der Erhöhung der Kriegsgefahr, wegen ihrer hervorgehobenen Funktion in offensiven Kriegsführungskonzepten u.a.m. wehren, weiter aufgestellt. Die Stationierung dieser Raketen ist für uns unakzeptabel, wie letztendlich jede Rüstung. Sie müssen restlos verschwinden.

Prüfstein für die Parteien

An der Bereitschaft, im Falle der Regierungsübernahme für die sofortige und bedingungslose Beseitigung der bereits stationierten Pershing II zu sorgen sowie die Aufstellung weiterer Pershings und der Cruise Missiles zu verhindern, machen wir die Ernsthaftigkeit des friedenspolitischen Meinungsumschwungs bei den Parteien fest. Hieran wird sich zeigen, ob sie sich tatsächlich Positionen der Friedensbewegung zu eigen gemacht haben, die sie auch in Zukunft durchsetzen wollen und ob sie bereit sind,

- sich ebenfalls jeglichem Weltraummilitarisierungsprogramm zu verweigern,
- eine Senkung des Rüstungshaushaltes zu beschließen,
- die Zustimmung zu offensiven Kriegsführungsplänen zurückziehen (FoFA, "Rogers-Plan") bzw. diese klar zurückzuweisen (AirLand Battle),
- den Beschluß über den Bundeswehrplan 85-97 aufzuheben,
- die Unterstützung jeglicher Interventionspolitik zu beenden,
- die innere Militarisierung der Bundesrepublik (z.B. mittels Zivilschutzgesetzesplanung) rückgängig zu machen,
- die für die Rüstung vorgesehenen Mittel zur Überwindung von Hunger und Elend in der "Dritten Welt", von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit einzusetzen,
- den Rüstungsexport zu unterbinden.

Demonstration und Aktion am Stationierungsort - Ausdruck der Entschlossenheit

Diese Orientierung, diesen Willen, die bedingungslose Stationierungsrücknahme zum Prüfstein zu machen, kann die Friedensbewegung am eindrucksvollsten und entschiedensten mit Massendemonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams an einem Stationierungsort (möglichst Hunsrück, in Absprache mit den dortigen Initiativen) kundtun. Durch diese Ortswahl bewiese die Friedensbewegung ihre Entschlossenheit, für ihre Grundforderungen in der Gesamtheit ("5 Punkte von Köln") konsequent einzutreten.

Eine Relativierung der bisherigen Forderung "bedingungslose Rücknahme des Stationierungsbeschlusses" würde auch allen anderen Forderungen ihr Gewicht nehmen. Eine einfache Umorientierung auf den "neuen Zuspitzungspunkt SDI" wäre eine bewegungs- und wahlkampfaktische Orientierung ausschließlich an Umfrageergebnissen, die die Identität der Friedensbewegung aufgibt.

Kontroverse im Koordinations- ausschuß

Hier liegt der Kern der Kontroverse. Solange der "Koordinationsausschuß" als das immer noch breiteste Bündnis in der Friedensbewegung hier keine ehrliche Einigung erzielt, ist auch von einer Aktionskonferenz nicht mehr als ein formelhafter und nicht tragfähiger Kompromiß zu erwarten. Hieran ist uns jetzt wie in der Zukunft nicht gelegen. Die im KA-Beschluß vom 21.11.85 genannten Übereinstimmungen bleiben letztendlich wertlos, wenn in folgenden Fragen keine positive Antwort gefunden wird.

- Mischen wir uns mit unseren Kernforderungen in den Wahlkampf so ein, daß sich die Parteien, insbesondere die SPD, in ihren friedens- und sicherheitspolitischen Aussagen und Taten an unseren Forderungen abarbeiten und auf uns zubewegen müssen oder bewegen wir uns auf die Parteien so zu, daß wir ihre bereits bestehenden Positionen übernehmen - was ein Rückschritt für die Friedensbewegung wäre?

- Konzentrieren wir uns auf eine gemeinsame Aussage gegen den Aufrüstungskurs, gegen Raketenstationierung, Weltraummilitarisierung, offensive Kriegsführungsdoktrinen, konventionelle Aufrüstung und Interventionspolitik an einem Ort, der für unsere Entschlossenheit steht, trotz erlittener Niederlagen und über Wahltermine hinaus für unsere Ziele einzutreten: also an einem Stationierungsort oder verzetteln wir uns an mehreren Orten und nehmen uns damit die Möglichkeit einer starken gemeinsamen Aussage?

Gesellschaftspolitischen Druck entfalten

Politischer und gesellschaftlicher Druck seitens der Bewegungen entsteht dadurch, daß immer mehr Menschen für das Anliegen der Friedensbewegung in der ganzen Tiefe gewonnen werden und dies in möglichst massenhaften Demonstrationen und Aktionen zum Ausdruck kommt und nicht dadurch, daß die Forderungen und der inhaltliche Begründungszusammenhang zugunsten der großen Zahl verflacht werden. Auch hierüber besteht im Koordinationsausschuß bisher keine Einigkeit.

"SDI"-Zuspitzung führt Friedensbewegung in die Irre

In den vergangenen Diskussionen im Koordinationsausschuß wurden zwar immer wieder die "Kölner 5 Punkte" als gemeinsame Grundlage von allen beschworen, aber ein wirklicher Einigungswille in diese Richtung ist bisher nicht zu erkennen. Vor allem die KA-Mitglieder um das "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KoFAZ) ließen bisher in den Diskussionen, vor allem aber auch in ihren Beschlüssen und ihrer tatsächlichen Praxis nicht von der Vorstellung ab, daß (Un)-Heil der Friedensbewegung in der Zuspitzung auf die "SDI"-Frage zu suchen. Sie tun dies zudem mit Forderungen, die am Kern des Problems vorbeigehen (in Anlehnung an den Naturwissenschaftler-Appell).

Es werden kräftig Unterschriften unter den Naturwissenschaftler-Appell gesammelt (zweiter "Krefelder Appell"), der von der Bundesregierung fordert,

- sich nicht an der Erforschung, Erprobung wie Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
- sich für die Einhaltung bestehender Rüstungskontrollverträge einzusetzen und
- ihren Einfluß geltend zu machen, daß mittels vertraglicher Regelung die bewaffnete Nutzung des Weltraums verhindert wird.

Soweit, so gut. Aber es wird zum Beispiel nicht die notwendige Forderung aufgestellt, konkrete Schritte zur Verhinderung bundesdeutscher Beteiligung zu ergreifen: etwa durch einschränkende Maßnahmen gegenüber Industrie und Forschung. Eureka - u.a. von der SPD favorisiert - stößt nicht auf Ablehnung. Dabei sind bezüglich der militärischen Forschung die Kerngebiete bei "SDI" und Eureka identisch. Dies bestätigte auch das SEL-Vorstandsmitglied Roland Mecklinger im Spiegel-Gespräch (Spiegel Nr. 47 vom 18.11.1985). Er war kürzlich mit der Teltschik-Kommission in den USA.

Wer Weltraummilitarisierung nicht will, muß sie in allen Formen und Zusammenhängen und auf allen Ebenen benennen und konsequent ablehnen. Bei derzeitigen Oppositionsparteien gehört auch die erklärte Bereitschaft dazu, im Falle einer Regierungsübernahme etwaige inzwischen abgeschlossene Rahmenabkommen oder ähnlich bilaterale Vereinbarungen wieder aufzukündigen.

Aufrüstungskurs - größte Bedrohung der Menschheit

"SDI" wird wegen des angestrebten Raketenabwehrschirmes und die dadurch erhöhten Kriegsführungsmöglichkeiten als die größte Bedrohung der Menschheit gesehen. Es ist unbestritten, daß dies eine enorme Bedrohung der Menschheit darstellt. Aber die viel früher und realistischer zu erwartenden Ergebnisse der "SDI"- und Eureka-Forschung werden außer acht gelassen. "Verbesserung" der elektronischen Aufklärung, bodengestützte Raketenabwehrvarianten, Erhöhung der Zielgenauigkeit vorhandener atomarer und konventioneller Waffensysteme, Vervollkommen der elektronischen Kriegsführung.

Verschwiegen wird damit der Zusammenhang von Weltraummilitarisierung, vorhandenen offensiven Kriegsführungskonzeptionen und heute stattfindender ("konventioneller") Aufrüstung, die - ebenso wie ein Raketenabwehrschirm - dazu beitragen soll, Krieg wieder führ- und gewinnbar zu machen.

Nicht ein einzelnes Rüstungsforschungs- oder Rüstungsprogramm, sondern der gesamte Aufrüstungskurs zur Kriegsführungsfähigkeit der USA und der NATO stellt die größte Bedrohung der Menschheit dar.

Parteienunabhängigkeit dringender denn je

Wenn die Friedensbewegung sich in ihren Forderungen auf die in der SPD akzeptierte (reduzierte) "SDI"-Kritik beschränkt, wird es dieser Partei ein leichtes sein, im Wahlkampf ihre Ablehnung des "SDI"-Programms zu erklären, damit Stimmen zu fangen und gleichzeitig sich mit der Pershing- und Cruise Missiles-Stationierung zufrieden zu geben ("wegverhandeln"), konventionellen Aufrüstungsprojekten aus dem Bundeswehrplan 85-97 zuzustimmen und nicht zuletzt die westeuropäische Variante der Weltraummilitarisierung (Eureka, "Europäische Verteidigungsinitiative"-EVI-) - bzw. bodengestützte Raketenabwehrvarianten - zu fördern.

Die Grünen stehen unter dem "realpolitischen" Druck, friedens- und sicherheitspolitische Forderungen zugunsten der Regierungsfähigkeit in die ferne Zukunft zu verschieben und damit fallenzulassen. DKP und Friedensliste orientieren sich stark an den Genfer Verhandlungen und machen sich abhängig von der sicherheitspolitischen Orientierung der Bündnisvormächte. Sie verneinen damit jegliche eigenen Spielräume der Friedensbewegung.

Als Friedensbewegung kommen wir nicht umhin, unabhängig von den verschiedenen möglichen Wahlausgängen im Januar 87 uns auf ein langfristiges, eigenständiges Engagement für Abrüstung einzustellen. Noch so schöne Worte, ob nun von rot, von grün oder von sonstwoher, dürfen uns nicht von dieser Überlebensaufgabe abbringen.

Für gemeinsames Handeln und Einmischen in den Wahlkampf

Deshalb verfolgen wir (die eingangs genannten KA-Mitgliedsorganisationen) mit den Herbstaktionen 86 das Ziel zu zeigen, daß die Friedensbewegung sich nach wie vor auf dem langen Marsch durch die Gesellschaft befindet und daß sie ihre grundsätzlichen Vorstellungen von Friedenspolitik und ihre Forderungen zusammenfassend im Vorfeld der Wahlen und weiterer Stationierung vorträgt.

Stichpunkte sind hierzu, ohne daß sie derzeit schon in allen Punkten Konsens in diesem Kreis sind:

- Verminderung der Bedrohung der anderen Seite zur Überwindung des Abschreckungssystems im europäischen Bereich,
- konsequente einseitige Abrüstung bei uns,
- Entfaltung einer aktiven Entspannungspolitik unter Anerkennung des europäischen Status quo,
- vollständige Verweigerung jeglicher Interventionspolitik und jeglicher Kriegsvorbereitung,
- Bemühen um eine vertraglich geregelte europäische Friedensordnung.

Dazu befürwortet dieser Kreis für den Herbst 86 eine zentrale Massenaktion und Aktionen zivilen Ungehorsams an einem Stationierungsort, bei denen die Friedensbewegung und nicht Parteiredner/innen zu Wort kommen. Die Parteivertreter/innen haben im Wahlkampf, in dem wir sie zu klaren Aussagen zwingen müssen, genügend Gelegenheit zur friedenspolitischen Selbstdarstellung.

Wir wollen im Hinblick auf die Herbstaktion einen ehrlichen Kompromiß, der in der gesamten Breite der Friedensbewegung trag- und umsetzbar ist. Mit bloßen Formelkompromissen gab es in der Vergangenheit schon genügend schlechte Erfahrung.

Dieter Schöffmann

Rückmeldung '86 – Wir machen mit!

Bitte abtrennen oder fotokopieren und bis zum Jahresende einsenden an:
Koordinierungsausschuß, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel:0228/692904



Name: _____

Anschrift: _____

Organisation: _____

Unterschrift: _____

Telefon: _____

1. Unterstützungsbeitrag für 1986

Ich/Wir möchte(n) im Verteiler des Koordinierungsausschusses bleiben und automatisch die KA-Materialien (Rundbriefe, Reader, Zeitungen etc.) erhalten. Dazu unterstützen wir den Koordinierungsausschuß mit einer Spende von DM.....(mind. 50,-)

Wichtig: Liebe Freundinnen und Freunde, trotz größter Sparsamkeit geht der Koordinierungsausschuß mit einem Defizit aus der "Informationswoche". Habt bitte Verständnis dafür, daß im nächsten Jahr nur im Verteiler bleiben kann, wer in den nächsten Wochen seinen/ihren Beitrag für 1986 bezahlt hat. Euer Beitrag entscheidet zugleich über die Handlungsfähigkeit des KA und die Vorbereitungen gemeinsamer Großaktionen im UNO-Friedensjahr 1986



.....
DM
.....

2. Aktionskonferenz 1./2. Februar 1986 - Anmeldung

Ich/Wir nehme(n) an der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2. Februar 1986 mit Personen teil und zahle(n) beiliegenden Kostenbeitrag von 10,- DM pro Person. Im Teilnehmerbeitrag ist der Reader zur Aktionskonferenz enthalten, der Anfang 1986 verschickt wird.

Wichtig: Wer sich bereits zur Aktionskonferenz am 14./15. Dezember 1985 angemeldet hat, gilt als angemeldet für den neuen Termin am 1./2. Februar 1986. Andernfalls bitten wir um schriftliche Mitteilung.

.....
DM
.....

3. Bestellung weiterer Reader

Ich/Wir bestelle(n) Stück Reader zur Aktionskonferenz für 5,- DM plus -,70 Porto pro Stück. Die Reader werden Anfang Januar 1986 versandt.

.....
DM
.....

Den nebenstehenden Gesamt-Betrag haben wir am gezahlt durch:

.....
DM
.....

o Überweisung an Gerd Greune, Sonderkonto Frieden (KA), Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783

o Überweisung an Gerd Greune Sonderkonto Frieden (KA), Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991-501

o beiliegendes Bargeld/Verrechnungsscheck (zutreffendes unterstreichen)